

# ATOMWAFFEN ? ABSCHAFFEN !

**122 Staaten haben im Juli 2017 einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beschlossen. Bislang fehlt Deutschland bei diesem historischen Abkommen.**

**Wir fordern: Die Bundesregierung muss das Verbot unterzeichnen und den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland veranlassen!**

## Warum ist das wichtig?

Dazu schreiben die ICAN<sup>2</sup>, IPPNW<sup>3</sup>, Büchel-atomwaffenfrei und Greenpeace in ihrem Aufruf:

„Die sogenannte Doomsday Clock steht auf 100 Sekunden vor Zwölf. Denn die Gefahr eines Atomkriegs kombiniert mit dem Klimawandel bedroht die Welt wie noch nie. Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge werden nach und nach aufgekündigt. 2019 traten die USA mit Unterstützung der NATO und danach Russland aus dem für Europas Sicherheit besonders wichtigen Vertrag über Mittelstreckenraketen (INF) aus.

Solange es Atomwaffen gibt, bedroht die nukleare Abschreckung gekoppelt mit irrationalem Verhalten von Politiker\*innen die gesamte Menschheit. Gleiches gilt für mögliche Irrtümer über einen vermeintlichen Angriff des Gegners. Deshalb gehören Atomwaffen geächtet und abgeschafft.

Der Atomwaffenverbotsvertrag ist nun seit dem 22. Januar 2021 gültiges Völkerrecht. Die Bundesregierung spricht zwar gerne vom Ziel einer atomwaffenfreien Welt, doch wenn es konkret wird, beugt sie sich dem Druck der USA und boykottiert dieses wichtige Abkommen. Mehr noch: Mit der bevorstehenden Stationierung zielgenauerer Atombomben in Büchel (Rheinland-Pfalz) und der Neuanschaffung von Flugzeugen für den Atomwaffeneinsatz steckt Deutschland mitten in der nuklearen Aufrüstungspirale der USA.



Der Vertrag erklärt den Einsatz und die Drohung mit Atomwaffen für inakzeptabel. Gleichzeitig enthält er konkrete Vorgaben und Kontrollmaßnahmen: Wenn Deutschland beitrifft, müssen beispielsweise die US-Atomwaffen aus Büchel abgezogen werden und Bundeswehrpiloten dürfen nicht mehr den Abwurf dieser Bomben üben.

Wollen wir Abrüstung, so dürfen wir nicht auf die Atomkräfte warten. Wenn Deutschland als wichtiger NATO-Staat dem Verbot beitrifft, kann dies der Durchbruch sein und weitere Länder werden folgen. Wenn Deutschland jedoch weiter blockiert, stützt dies eine Eskalationspolitik. Die Bundesrepublik muss sich daher von der Atomwaffenpolitik der USA emanzipieren und das Völkerrecht stärken.

Das Nobelpreiskomitee sah in dem Atomwaffenverbot eine historische Chance und würdigte daher den Einsatz der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) mit dem Friedensnobelpreis 2017.

Die Bundesregierung hat die Gelegenheit, einen Wandel in der Nuklearpolitik einzuleiten und sich für das Verbot und gegen Atomwaffen in Deutschland einzusetzen.“

<sup>2</sup> ICAN = International Campaign to Abolish Nuclear Weapons / Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen

<sup>3</sup> IPPNW = International Physicians for the Prevention of Nuclear War / Internationale ÄrztInnen zur Verhütung eines Atomkriegs / ÄrztInnen in sozialer Verantwortung

Am 22. Januar 2021 ist der Verbotsvertrag in Kraft getreten.

2022 fand die erste Überprüfungskonferenz statt, auf der die Gefährdung der Bevölkerung im Zentrum stand, die in den historischen und aktuellen Gebieten von Uranabbau, Atomtestgeländen und Atomwaffenlagerung leben.

Die Bundesregierung entsandte Beobachter.

Das reicht nicht aus!

Wir fordern Bundestag und Bundesregierung auf alles zu tun, damit Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft!